

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Donnerstag, **01.12.2011**, 17:00 Uhr - 19:15 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Magnus Adams , Georg Berding , Olaf Dreßen , Jürgen Ohm , Werner Quante , Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Elke Leiendecker , Thomas Marquardt , Kurt Pölling , Lars Wieneke

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Heribert Klas , Stefan Kubel , Dr. Rita Stein-Redent

von der FDP-Fraktion

Jens-Ulrich Lenski

von der Fraktion DIE LINKE.

Ahmet Yesilyaprak

Sachkundige Einwohner/innen

Fritz Pfau

von der Verwaltung

Hans-Joachim Fürstenberg , Dr. Wolf Heinrichs , Horst-Werner Koch , Jochen Lüken , Steffen Maser , Norbert Vechtel

für die Schriftführung

Andrea Gottlob

Es fehlten:

Gerhard Joks , Florian Steinforth

Tagesordnung

- | | | |
|----------------------------|-----|---|
| | 1. | Eingänge und Mitteilungen |
| <u>V/0691/2011/1</u>
IV | 2. | Neuerrichtung einer Sekundarschule im Schulzentrum Roxel |
| <u>V/0894/2011</u>
IV | 3. | Errichtung einer städtischen Gesamtschule und auslaufende Auflösung der Paul-Gerhardt-Realschule |
| <u>V/0861/2011</u>
IV | 4. | Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten/innen Münster (PTA-Lehranstalt);
hier: Schließung zum 31.08.2013 |
| <u>V/0603/2011</u>
IV | 5. | Aktueller Sachstand zu international ausgerichteten Bildungsangeboten
Dauerhafte Einrichtung des Bildungsganges "International Baccalaureate (IB)" am Gymnasium Paulinum |
| <u>V/0605/2011</u>
IV | 6. | Neukonzeptionierung des Bildungsnetzwerkes Münster |
| <u>V/0872/2011</u>
I | 7. | Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für das Überlassen von Standplätzen bei Volksfesten (Send und Kirmessen) in der Stadt Münster |
| <u>V/0685/2011</u>
II | 8. | Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Sanierung Stadthaus 1 |
| <u>V/0787/2011</u>
II | 9. | Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen: Mittelfristige Büroflächenplanung der Stadtverwaltung Münster |
| <u>V/0799/2011</u>
II | 10. | Abfallwirtschaftsbetriebe Münster
- Wirtschaftsplan 2012
- Finanzplan 2012 - 2016 |
| <u>V/0804/2011</u>
I | 11. | Wirtschaftsplan 2012 - citeq |
| <u>V/0832/2011</u>
III | 12. | Wirtschaftsplan 2012 für Münster Marketing |
| | 13. | Beratung des Stellenplan-Entwurfs 2012 der Stadt Münster |
| | 14. | Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2012 der Stadt Münster einschließlich Anregungen / Vorschläge der Bürger/innen zum Haushalt |
| | 15. | Verschiedenes |

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Herr Dreßen für die CDU-Fraktion, die Vorlagen zu TOP 4, TOP 8 und TOP 9 zu schieben. Herr Klas erklärte, dass den Mitgliedern zum TOP 4 ein Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen/GAL vorliege, die PTA nicht zu schließen, sondern an die PTA-Fachschule Westfalen-Lippe e.V. zu verkaufen. Der Antrag gilt als eingebracht.

Des Weiteren wurde beantragt, den TOP 3 ebenfalls zu schieben, da mangels Vorbereitungszeit – die Vorlage wurde erst am Vortag per e-mail den Ausschussmitgliedern zugestellt – noch Beratungsbedarf bestünde. Herr Lenski erklärte, dass den Mitgliedern zu TOP 3 ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Beschlussvorschlag der Vorlage vorliege. Der Antrag gilt ebenfalls als eingebracht.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann einstimmig, die TOP 3, 4, 8 und 9 ohne Beschlussfassung zu schieben.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Frau Wendland brachte für die CDU-Fraktion folgenden an die Mitglieder des Ausschusses verteilten Antrag ein:

Der APRO möge beschließen:

„Die Stadt Münster möge dem Beispiel der Polizei folgen und die Standorte ihrer Geschwindigkeitsmessgeräte in das Internet einzustellen“.

Bevor Herr Vechtel für die Verwaltung zu dem Antrag eine erste Bewertung abgab, führte er zunächst zum Thema „Verkehrssicherheit auf der Promenade“ aus. Er stellte die bereits durchgeführten Maßnahmen mit der positiven Entwicklung an Windthorst- und Salzstraße dar und gab einen Ausblick auf 2012. Dann seien weitere Maßnahmen an der Ludgeristraße, der Neubrückenstraße/Neubrückentor sowie am Kreuztor geplant. Herr Vechtel verwies darauf, dass es sich regelmäßig um sehr kostengünstige Lösungen handele. Einvernehmen bestand darin, dass der gemeinsame Antrag von CDU- und SPD-Fraktion damit aufgegriffen und erledigt sei.

Sodann gab Herr Vechtel eine erste Bewertung zu dem eingangs eingebrachten Antrag der CDU-Fraktion ab und erklärte, besonders wichtig sei hierbei der Gleichschritt / die gemeinsame Plattform mit der Polizei. Grundsätzlich sehe die Ordnungsverwaltung den Ansatz positiv. Die Verwaltung nahm den Auftrag des Ausschusses, zeitnah über die Möglichkeiten der Umsetzung zu berichten, entgegen.

Punkt 2 der Tagesordnung V/0691/2011/1

Neuerrichtung einer Sekundarschule im Schulzentrum Roxel

Herr Lenski erläuterte den an die Mitglieder verteilten Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur 1. Ergänzungsvorlage V/0691/2011:

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

„1 – 2 (...)

3. Zur systematischen Unterstützung wird der Sekundarschule eine Fachkraft für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt, **wenn das Land die dafür erforderlichen Personal-**

ressourcen bereitstellt. Die Stadt Münster stellt im Haushalt 2012 keine zusätzlichen Stellen / Stunden für Schulsozialarbeit zur Verfügung. Über Einsatz und Umfang ist nach Abstimmung mit der neuen Schulleitung im Rahmen einer gesonderten Vorlage zu entscheiden.

4 – 10 (....)“

Nach dem die Fraktionen Stellungnahmen zu dem Antrag abgegeben hatten ließ die Vorsitzende über den Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

Sodann beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig, dem Rat die Annahme des **Beschlussvorschlages** in der Fassung der 1. Ergänzungsvorlage zu empfehlen:

1. Die Realschule Roxel und die Droste-Hauptschule in Roxel - städtische Realschule bzw. städtische Gemeinschaftshauptschule - werden gemäß § 81 Absatz 2 Schulgesetz NRW mit Wirkung zum 01.08.2012 (Schuljahresbeginn 2012/2013) auslaufend aufgelöst, so dass ab diesem Zeitpunkt keine Eingangsklassen mehr gebildet werden.
2. Der Rat beschließt die Neuerrichtung einer vierzügigen städtischen Sekundarschule **in teilintegrierter Form** am Standort des Schulzentrums Roxel, Tilbecker Straße 24 - 26, 48161 Münster, zum Schuljahr 2012/2013 auf der Grundlage des beiliegenden Konzeptes.
3. Der Rat befürwortet die Einrichtung einer integrativen Lerngruppe, sofern ausreichende Anmeldungen dazu vorliegen. Dafür wird zum 01.08.2012 im Teilergebnisplan 0301 0,5-Stelle EGr S 11 für eine/n Sozialpädagogen/in eingerichtet und gesperrt; die Entsperrung erfolgt bei tatsächlicher Einrichtung der integrativen Lerngruppe durch den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung.
In diesem Zusammenhang nimmt der Rat zur Kenntnis, dass bedarfsabhängig ab dem Schuljahr 2015/2016 0,50-Stelle für den Ausbau des integrativen Unterrichts ggf. zusätzlich benötigt werden. Die erforderlichen Personalressourcen (jeweils 0,5 Stelle Sozialpädagogik für die Jahrgänge 5 bis 7 bzw. 8 bis 10) werden dafür im üblichen Umfang bereitgestellt.
- ~~3. Die Beschlüsse zu Ziffer 1. und 2. stehen unter dem Vorbehalt einer gesetzlichen Regelung zur Sekundarschule im Schulgesetz NRW.~~
4. Zur systemischen Unterstützung wird der Sekundarschule eine Fachkraft für die Schulsozialarbeit zur Verfügung gestellt. Über Einsatz und Umfang ist nach Abstimmung mit der neuen Schulleitung im Rahmen einer gesonderten Vorlage in 2012 zu entscheiden.
5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Bezeichnung „Schulcampus Roxel“ als Arbeitstitel bei der Konzeptentwicklung und für die Vorstellung verwendet wird. Die endgültige Namensgebung soll nach Gründung der Schule unter Beteiligung der Schulleitung und der schulischen Gremien erfolgen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung der Sekundarschule zum Schuljahr 2012/2013 bei der Bezirksregierung Münster zu beantragen.
7. Die notwendige Anpassung der Satzung „Sicherung des geordneten Schulbetriebs für die städtischen Schulen - Allgemeiner Rahmen zur Aufnahme von Schülerinnen/Schülern in die städtischen Schulen (vgl. § 46 Abs. 1 Schulgesetz)“ erfolgt mit einer Beschlussvorlage in der ersten Beratungskette 2012.

8. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Bezirksregierung Münster dahingehend zu verhandeln, dass unter Berücksichtigung der Sicherstellung des Unterrichtsbetriebes in den auslaufenden Schulen den Kolleginnen und Kollegen dieser Schulen, die eine Versetzung in die Sekundarschule anstreben, diese sukzessive ermöglicht wird. Der Schulträger wird die in seiner Verantwortung stehenden Belange zur Qualitätswahrung an den auslaufenden Schulen mit besonderer Sorgfalt wahrnehmen.
9. Der Rat nimmt die Schulkonferenzbeschlüsse der Realschule Roxel vom 17.11.2011 (Anlage 3) und der Droste-Hauptschule Roxel vom 28.11.2011 (Anlage 4) zur Kenntnis.
10. Der Rat nimmt das Ergebnis der Elternumfrage zum Bedarf einer Sekundarschule in Münster-Roxel zur Kenntnis (Anlage 1).
11. Der Anregung gem. § 24 GO NRW Nr. 117/2011 von Schülerinnen und Schülern der Realschule Roxel zum Erhalt der Realschule wird nicht gefolgt.

Kosten/Folgekosten:

Finanzierung/ Mittelbereitstellung:

12. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass
 - 12.1 abhängig von der Herkunft der künftigen Schülerinnen und Schüler - ggf. zusätzliche Schülerfahrkosten entstehen. Diese werden im Haushaltsjahr 2012 aus den laufenden Mitteln Teilergebnisplan 03.02 „Zentrale Leistungen für Schüler/innen und am Schulleben Beteiligte“ Zeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“, Sachkonto 524000 „Schülerbeförderungskosten“ finanziert. Für die Folgejahre sind ggf. zusätzliche Mittel bereitzustellen.
 - 12.2 für die Zeit des Parallelbetriebes der neuen Sekundarschule und auslaufenden Haupt- und Realschule zusätzliche Aufwendungen Schuletat, integrative Lerngruppen und Sekretariat mit rd. 15.000,00 € p.a., für sozialpädagogische Unterstützung i.R. der integrativen Lerngruppen mit 0,5 Stelle = rd. **25.510,00 € (für 5 Monate in 2012 = 10.470,00 €)** entstehen. Diese **Aufwendungen** werden im Haushaltsjahr 2012 aus den laufenden Mitteln Teilergebnisplan 03.01 „Leistungen für Schulen“ finanziert und sind bis zum Auslaufen der beiden Schulen (**Schuletat, Sekretariat**) bzw. **dauerhaft (integrative Lerngruppe)** für die Folgejahre zusätzlich bereitzustellen. **Weiter entstehen Aufwendungen für die Schulsozialarbeit, deren Höhe vom noch festzulegenden Umfang abhängig ist. Für integrative Lerngruppen in den Jahrgängen 8 bis 10 (ab Schuljahr 2015/2016) entsteht evtl. weiter Bedarf in Höhe von 0,5 Stelle; die Verwaltung wird dies zu gegebener Zeit in die Stellenplanberatung einbringen.**
 - 12.3 im vorliegenden Haushaltsentwurf 2012 als „neue Maßnahme“ 200.000,00 € für den Schulcampus Roxel vorgesehen sind, um kleinere Maßnahmen innerhalb der Gebäude damit durchführen zu können.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0894/2011**

**Errichtung einer städtischen Gesamtschule und
auslaufende Auflösung der Paul-Gerhardt-
Realschule**

Bereits vor Einstieg in die Tagesordnung hatte der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig beschlossen, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0861/2011**

**Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assis-
tenten/innen Münster (PTA-Lehranstalt);
hier: Schließung zum 31.08.2013**

Bereits vor Einstieg in die Tagesordnung hatte der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig beschlossen, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0603/2011**

**Aktueller Sachstand zu international ausgerichte-
ten Bildungsangeboten
Dauerhafte Einrichtung des Bildungsganges "In-
ternational Baccalaureate (IB)" am Gymnasium
Paulinum**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt den Sachbericht zu international ausgerichteten Bildungsangeboten zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Münster stimmt der dauerhaften Einrichtung des Bildungsganges „International Baccalaureate“ (IB) am Gymnasium Paulinum zu.
3. Der Rat der Stadt Münster beschließt die Einrichtung von Stellenanteilen für Sekretariatsstunden (EG 06) zum:

01.01.2013:	0,15 Stellenanteile
01.01.2014:	0,05 Stellenanteile
01.01.2015:	0,05 Stellenanteile

Die eingerichteten Stellenanteile werden zunächst gesperrt. Über die Aufhebung der Sperrungen wird im Rahmen der Etatberatungen nach vorheriger Bedarfsprüfung entschieden.

4. Finanzielle Auswirkungen

Für die dauerhafte Einrichtung des Bildungsganges „International Baccalaureate“ am Gymnasium Paulinum werden für die Bereitstellung der damit verbundenen Leistungen in den Haushaltsjahren 2013 ff. zusätzliche bisher nicht veranschlagte Kosten entstehen.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen			

Zeile	11	Personalaufwendungen	2013 2014 2015 2016 ff	7.200 9.680 12.300 12.490	6 Std. EG 06 8 Std. EG 06 10 Std. EG 06 10 Std. EG 06
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2013 2014 2015 2016 ff	15.500 16.500 17.500 17.500	

Die jeweiligen Jahresbeträge werden in den entsprechenden Haushaltsjahren, erstmals ab 01.01.2013 in der Produktgruppe 0301 „Leistungen für Schulen“ im Teilergebnisplan zur Verfügung gestellt.

Nach positivem Ratsbeschluss wird die Verwaltung die entsprechenden Veränderungsblätter zum Haushalt im Rahmen der Haushaltsberatungen fertigen.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0605/2011**

**Neukonzeptionierung des Bildungsnetzwerkes
Münster**

Nach dem Herr Klas für seine Fraktion die Zustimmung zur Vorlage begründet hatte, beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP sowie der Fraktion DIE LINKE, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages nicht zu empfehlen.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0872/2011**

Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für das Überlassen von Standplätzen bei Volksfesten (Send und Kirmessen) in der Stadt Münster

Nach dem Herr Koch eine kurze Erläuterung zur Vorlage gegeben hatte, beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für das Überlassen von Standplätzen bei Volksfesten (Send und Kirmessen) in der Stadt Münster wird beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch diese Satzungsänderung ergeben sich keine haushaltsrelevanten Auswirkungen.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0685/2011**

**Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen:
Sanierung Stadthaus 1**

Bereits vor Einstieg in die Tagesordnung hatte der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig beschlossen, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0787/2011**

**Optimierung bürgerorientierter Dienstleistungen:
Mittelfristige Büroflächenplanung der Stadtverwaltung
Münster**

Bereits vor Einstieg in die Tagesordnung hatte der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig beschlossen, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0799/2011**

**Abfallwirtschaftsbetriebe
- Wirtschaftsplan
- Finanzplan 2012 - 2016**

**Münster
2012**

Herr Lenski stellte für die FDP-Fraktion den Antrag, die Vermehrung der 4 zusätzlichen Stellen „Straßenreinigungsarbeiter/in“ im Winterdienst zu streichen. Nach dem Herr Dr. Heinrichs die Zuständigkeiten des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung im Rahmen der Wirtschaftspläne dargestellt hatte, modifizierte Herr Lenski den Antrag, in dem er beantragte, der Stellenübersicht nicht zuzustimmen. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion abgelehnt.

Sodann beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion und einer Enthaltung (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) dem Rat die Annahme der Stellenübersicht im Wirtschaftsplan der Abfallwirtschaftsbetriebe Münster zu empfehlen.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0804/2011**

Wirtschaftsplan 2012 - citeq

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme der Stellenübersicht im Wirtschaftsplan der citeq zu empfehlen.

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0832/2011**

Wirtschaftsplan 2012 für Münster Marketing

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

Punkt 13 der Tagesordnung

**Beratung des Stellenplan-Entwurfs 2012 der Stadt
Münster**

Die Abstimmung zum Stellenplan-Entwurf 2012 brachte folgende Ergebnisse:

1. Anträge zum Stellenplan

Die Mitglieder des Ausschusses einigten sich darauf, Anträge bei den entsprechenden Beratungspunkten zu stellen.

2. Stelleneinsparungen

2.1 Konsolidierungsprogramm 2011 – 2014

S. 13

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Einsparungen im Konsolidierungsprogramm einverstanden.

2.2 Sonstige Stelleneinsparungen

S. 15

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den sonstigen Einsparungen einverstanden.

3. Stellenvermehrungen

3.1 aufgrund von Ratsbeschlüssen (Kenntnisnahme)

S. 39

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Vermehrungen aufgrund von Ratsbeschlüssen einverstanden.

3.2 nach Vorschlag der Verwaltung

S. 39 – 53

Einzelabstimmung:

10 Personal- und Organisationsamt

1	Kategorie Veränderte gesetzliche Maßgaben zu Quantitäten	
	Umfang 0,50 EGr. 11	Funktion/Aufgabe Sicherheitsingenieur/-in, Fachkraft für Arbeitssicherheit
	Mehrkosten 33.580 €	Finanzierung Eckwerterhöhung

Nach kurzer Diskussion einigte sich der Ausschuss einvernehmlich darauf, die Stelle einzurichten, jedoch mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die Verwaltung wird gebeten, zur Möglichkeit und den Kosten einer Vergabe zeitnah zu berichten.

Presse- und Informationsamt

2	Neue freiwillige Bereiche	
	0,50 EGr. 13	Redakteur/-in Online-Redaktion, Bürgerhaushalt
	36.760 €	Eckwerterhöhung

CDU- und SPD-Fraktion stellten den Antrag, die Stelle einzurichten, jedoch die Deckung über Sachkosten vorzunehmen. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion und Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE angenommen.

Die Stellenvermehrung entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL bei einer Enthaltung abgelehnt.

20 Amt für Finanzen und Beteiligungen

3	(Quantitative) Entwicklung in den Pflichtaufgaben	
	1,50 BesGr. A 8	Sachbearbeiter/-in Interventionen, Erstattungen
	66.930 €	Eckwerterhöhung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion mit der Stellenvermehrung einverstanden.

4	(Quantitative) Entwicklung in den Pflichtaufgaben	
	1,00 EGr. 10	Sachbearbeiter/-in Konzernabschluß
	61.310 €	Eckwerterhöhung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion mit der Stellenvermehrung einverstanden.

32 Ordnungsamt

5	(Quantitative) Entwicklung in den Pflichtaufgaben	
	0,50 BesGr. A 10	Sachbearbeiter/-in Verkehrssicherung, -lenkung
	30.080 €	Eckwerterhöhung

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, die Stelle einzurichten, jedoch die Deckung über Sachkosten vorzunehmen. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der FDP-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Die Stellenvermehrung entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

37 Feuerwehr

6	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	0,50 EGr. 6	Sachbearbeiter/-in Rettungsdienstabrechnung
	21.860 €	Rettungsdienstgebühren

7	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	1,00 BesGr. A 9 mD	Sachbearbeiter/-in Pläne, Zusammenarbeit Freiw. Feuerw.
	61.730 €	Eckwerterhöhung

8	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	1,00 BesGr. A 9 mD	Sachbearbeiter/-in Ausbildung
	61.730 €	Eckwerterhöhung

9	Veränderte gesetzliche Maßgaben zu Quantitäten	
	1,00 EGr. 12	Sicherheitsingenieur/-in, Fachkraft für Arbeitssicherheit
	75.750 €	anteilig Rettungsdienstgebühren

10	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	1,00 EGr. 8	Sachbearbeiter/-in IT-Koordination
	46.640 €	Rettungsdienstgebühren

11	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	1,00 BesGr. A 9 mD	Sachbearbeiter/-in Gebäudeunterhaltung, Notbrunnen
	61.730 €	anteilig Rettungsdienstgebühren

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Vermehrungen der Ziffern 6 – 11 einverstanden.

40 Amt für Schule und Weiterbildung

12	Neue gesetzliche Maßgaben - fremdfinanziert	
	0,50 EGr. 13	Schulpsychologe/-in Bildungs- und Teilhabepaket
	36.760 €	Erstattung über erhöhten Bundesanteil KdU, KdH SGB II

Die CDU-Fraktion beantragte, entsprechend der Empfehlung des ASW, die Stelle für die Dauer zu befristen, solange Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zu Verfügung stehen. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL sowie der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Der Vermehrungsvorschlag der Verwaltung wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

50 Sozialamt

13	Neue gesetzliche Maßgaben - fremdfinanziert	
	5,00 div. Bes-/EGr.	Sachbearbeiter/-in Bildungs- und Teilhabepaket
	227.350 €	Erstattung über erhöhten Bundesanteil KdU, KdH SGB II

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Vermehrung einverstanden.

51 Amt für Kinder, Jugendliche und Familien

14	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	0,84 EGr. 4	hausw. Gehilfin diverse Kindertagesstätten
	31.070 €	Verpflegungskostenpauschale

15	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	10,03 EGr. S 6	Erzieher/-in diverse Kindertagesstätten
	442.230 €	anteilig Landeszuschüsse, Elternbeiträge

16	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	5,54 EGr. S 6	Erzieher/-in KiTa Hilstrup West, Dependence Meesenstiege
	244.260 €	anteilig Landeszuschüsse, Elternbeiträge

17	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	8,00 EGr. S 6	Erzieher/-in Springer/-in Krankheitsvertretung KiTa
	(352.720 €)	bereits im Teilergebnisplan 0601 enthalten

18	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	11,00 EGr. S 6	Erzieher/-in diverse Kindertagesstätten
	442.270 €	anteilig Landeszuschüsse, Elternbeiträge

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Vermehrungen der Ziffern 14 - 18 einverstanden.

19	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	0,50 EGr. S 12	Fachberater/-in Kindertagespflege
	25.570 €	Eckwerterhöhung

20	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	0,36 EGr. S 15	Fachberater/-in Kindertagesstätten
	22.410 €	Eckwerterhöhung

21	(Quantitative) Entwicklung in den Pflichtaufgaben	
	0,50 EGr. 9	Sachbearbeiter/-in Verwaltung Kindertagesstätten
	25.850 €	Eckwerterhöhung

Die CDU-Fraktion beantragte, die Einrichtung der Stellen zu den Ziffern 19 – 21 zunächst auf 2 Jahre zu befristen und nach Evaluation durch die Verwaltung über das weitere Verfahren zu entscheiden. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP sowie der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Die Vermehrungsvorschläge der Verwaltung wurden mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

22	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	5,00 EGr. S 6	Erzieher/-in Offene Ganztagschulen
	91.720 €	anteilig Elternbeiträge

23	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	1,50 EGr. S 6	Erzieher/-in Springer/-on Krankheitsvertretung OGS
	(66.140 €)	bereits im Teilergebnisplan 0602 enthalten

24	Ausbau in bisherigen Schwerpunkten	
	0,26 EGr. S 15	Fachberater/-in Offene Ganztagsschulen
	16.180 €	Mittelumschichtung im Teilergebnisplan 0602

25	(Quantitative) Entwicklung in den Pflichtaufgaben	
	0,50 EGr. 6	Sachbearbeiter/-in Verwaltung Offene Ganztagsschulen
	21.860 €	Eckwerterhöhung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Vermehrungen der Ziffern 22 - 25 einverstanden.

26	(Quantitative) Entwicklung in den Pflichtaufgaben	
	0,50 BesGr. A 8	Sachbearbeiter/-in Elternbeiträge
	22.310 €	Eckwerterhöhung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion mit der Vermehrung einverstanden.

27	(Quantitative) Entwicklung in den Pflichtaufgaben	
	0,50 EGr. S 12	Sachbearbeiter/-in Familienbüro
	25.570 €	Eckwerterhöhung

Die CDU-Fraktion beantragte, die Einrichtung der Stelle zunächst auf 2 Jahre zu befristen und nach Evaluation durch die Verwaltung über das weitere Verfahren zu entscheiden. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL sowie der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Die Vermehrungsvorschläge der Verwaltung wurden mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

28	(Quantitative) Entwicklung in den Pflichtaufgaben	
	0,41 EGr. S 12	Sachbearbeiter/-in Lorenz Süd, Jugendarbeit
	20.970 €	Mittelumschichtung im Teilergebnisplan 0602

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Vermehrung einverstanden.

29	Veränderte gesetzliche Maßgaben zu Quantitäten	
	1,00 EGr. S 12	Sachbearbeiter/-in Vormundschaften
	51.140 €	Eckwerterhöhung

Die CDU-Fraktion beantragte, die Stelle einzurichten, aber zunächst zu sperren. Die Verwaltung wird gebeten, zum einen zur Vergabe an freie Träger und zum anderen zu der Kostenfrage Stellung zu nehmen. Der Antrag wurde einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

52 Sportamt

30	Entwicklung in freiwilligen Bereichen	
	3,50 EGr. 3	Fachangestellte für Bäderbetriebe
	127.960 €	Umschichtung im Personalbudget, Teilergebnisplan 0802

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE mit der Vermehrung einverstanden.

53 Gesundheitsamt

31	Neue freiwillige Bereiche	
	0,50 EGr. 8	Logopäde/-in Bekämpfung Kinderarmut
	23.320 €	Mittelumschichtung im Teilergebnisplan 0701

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Vermehrung einverstanden.

32	Veränderte gesetzliche Maßgaben zu Quantitäten	
	0,50 EGr. 14	Betriebsarzt/-ärztin
	39.720 €	Eckwerterhöhung

Die SPD-Fraktion beantragte, entsprechend der Empfehlung des ASGAf, die Stelle einzurichten, jedoch mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die Verwaltung wird gebeten, zur Möglichkeit und den Kosten einer Vergabe zeitnah zu berichten. Der Antrag wurde einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

33	(Quantitative) Entwicklung in den Pflichtaufgaben	
	1,00 EGr. 9	Sachbearbeiter/-in Hygiene- und Infektionsschutz Schulen
	51.690 €	Elternbeiträge Schulverpflegung

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der Fraktion DIE LINKE die Stelle einzurichten, sie aber auf 2 Jahre zu befristen mit anschließender Evaluation.

61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung

34	Neue gesetzliche Maßgaben – fremdfinanziert	
	0,50 BesGr. A 10	Sachbearbeiter/-in Förderverfahren § 11a ÖPVNG NW
	20.530 €	Erstattung durch das Land

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Vermehrung einverstanden.

67 Amt für Grünflächen und Umweltschutz

35	(Quantitative) Entwicklung in den Pflichtaufgaben	
	1,00 EGr. 10	Sachbearbeiter/-in Immissionsschutz
	61.310 €	Erstattung durch das Land

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Vermehrung einverstanden.

3.3 Jobcenter

S. 54

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit der Vermehrung einverstanden.

3.4 ggf. weitere Anträge

Herr Pölling beantragte für die SPD-Fraktion entsprechend der Empfehlung des ASGAf im Amt für Wohnungswesen 1,0 Stelle „Belegungsmanagement“ (Umsetzung des Konzeptes gemäß Vorlage V/0363/2010) einzurichten. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion angenommen.

Herr Klas beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, im Amt für Wohnungswesen 1,0 Stelle „Quartiersmanagement“ einzurichten. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL sowie der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Herr Klas beantragte die Einrichtung einer 0,5-Stelle „Übergang Schule – Beruf“. Die Stelle soll bis zur abschließenden Prüfung durch die Verwaltung – Aufgabenabgrenzung zwischen Amt für Schule und Weiterbildung und dem Jobcenter ab 01.01.2012 - gesperrt werden. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE angenommen.

Darüber hinaus lag den anwesenden Mitgliedern des Ausschusses ein Rats-Antrag zur Einrichtung von 1,5 Stellen in der schulpsychologischen Beratungsstelle / Lernwerkstatt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vor. Herr Klas erläuterte kurz den Antrag. Der Ausschuss einigte sich darauf, den Antrag hier zur Kenntnis zu nehmen und bat die Verwaltung, zur Etat-Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften eine Stellungnahme abzugeben.

4. Stellenveränderungen durch Zugang aus den Wirtschaftsplänen bzw. Übergang in die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen

Verwaltungsentwurf

S. 57

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenveränderungen einverstanden.

5. Stellenwertveränderungen/ Stellenverlagerungen aufgrund von Organisationsmaßnahmen und/oder Personalumsetzungen

Verwaltungsentwurf

S. 61 und

1. Ergänzung des Verwaltungsentwurfs

S. 19

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenwertveränderungen des Verwaltungsentwurfs und der 1. Ergänzung einverstanden.

6. Stellenhebungen

Verwaltungsentwurf

S. 65 -68

Herr Lenski beantragte für die FDP-Fraktion, die im Stellenplan vorgesehene Stellenhebung (Position 1 - Beamte) von Besoldungsgruppe A 16 nach Besoldungsgruppe B 2 nicht vorzunehmen. Er erläuterte den Antrag. Herr Dreßen und Herr Pölling unterstützten den Antrag und begründeten dies. Herr Klas erklärte, warum seine Fraktion der vorgeschlagenen Stellenhebung nach B 2 zustimmen werde. Nach kurzer Diskussion gab Herr Dr. Heinrichs eine Stellungnahme der Verwaltung ab.

Anschließend beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL sowie der Fraktion DIE LINKE die unter Position 1 auf der Seite 65 vorgeschlagene Stellenhebung nach B 2 nicht vorzunehmen.

Im Übrigen erklärte sich der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig mit den übrigen Stellenhebungen (Positionen 2 – 16: Beamte sowie Positionen 1 – 12: tariflich Beschäftigte) einverstanden.

7. Anpassungen des Stellenwerts

Verwaltungsentwurf

S. 71/72

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Anpassungen des Stellenwertes einverstanden.

8. Stellenumwandlungen

(Verwaltungsentwurf)

S. 75 – 77

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenumwandlungen einverstanden.

9. Stellenabwertungen, Stellenwertanpassungen mit späteren Stellenhebungen

Verwaltungsentwurf

S. 81 – 83

Herr Dr. Heinrichs erklärte, dass zusätzlich die Abwertung der Stelle des Kämmerers/der Kämmerin von B6 nach B5 aufgenommen werden müsse. Er gab dazu erläuternde Hinweise.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den Stellenabwertungen einschließlich der zusätzlichen Abwertung (B 6 nach B 5) einverstanden.

11. Zeitlich befristete Projekte

Verwaltungsentwurf/Kenntnisnahme

S. 87/88

Herr Dreßen beantragte für die CDU-Fraktion die Stelle „SB Baumkataster“ nicht einzurichten. Herr Maser erklärte, dass der hierzu gefasste Beschluss des AUB zu den Personalaufwendungen formal falsch sei und erläuterte das technische Verfahren.

Nach kurzer Diskussion war sich der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einig, dass die Aufgabe erfüllt werden müsse. es bestehe jedoch Dissenz bezüglich der Mittelbereitstellung. Die Aufgabe solle ohne zusätzlich bereitgestellte Mittel wahrgenommen werden. Die Angelegenheit müsse in der Etat-Sitzung des AFBL geklärt werden.

Im Übrigen erklärte sich der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig mit den sonstigen zeitlich befristeten Projekten des Verwaltungsentwurfs einverstanden.

1. Ergänzung des Verwaltungsentwurfs

S. 23

Der Ausschuss erklärte sich einstimmig bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE mit der Position der 1. Ergänzung des Verwaltungsentwurfs einverstanden.

Der Ausschuss bat die Verwaltung zur nächsten Sitzung kurz Inhalt und Tätigkeiten des Aufgabenbereichs „Pavement Managementsystem“ darzustellen.

12. Schlussabstimmung über den Stellenplan der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2012

Abschließend beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich gegen die Stimmen von FDP-Fraktion der Fraktion DIE LINKE, dem Rat die Annahme des Stellenplans der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2012 in der Fassung des Verwaltungsentwurfs unter Berücksichtigung der in diesem Beratungsverlauf beschlossenen Veränderungen sowie der sich aus den Beschlüssen zu den heute beratenden Vorlagen ergebenden Veränderungen zu empfehlen.

Punkt 14 der Tagesordnung

Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2012 der Stadt Münster einschließlich Anregungen / Vorschläge der Bürger/innen zum Haushalt

Herr Dr. Heinrichs wies zunächst auf den Ratsantrag und das Positionspapier der Ratsgruppe UWG/ÖDP hin. Beide Papiere waren an die anwesenden Mitglieder verteilt worden. Herr Pfau gab eine kurze Stellungnahme ab. Der Antrag galt damit als eingebracht.

A. Bürgervorschläge

Zu den dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung zugeordneten Bürgervorschlägen ergab sich folgende Abstimmung:

Nr.	Titel	Vorschlag der Verwaltung
34	Verkehrsschilder	Vorschlag soll teilweise /modifiziert aufgegriffen werden: Die Verwaltung wird beauftragt, im ersten Halbjahr 2012 ein Internetforum für eine Verkehrsschildermeldung auf den städtischen Internetseiten einzurichten. Über das Formual kann jede/r Bürger/in angeben, welches Verkehrsschild überprüft werden sollte
	Abstimmung APRO:	Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.
122	Höhere Strafen für Littering (Vermüllung)	Vorschlag soll teilweise / modifiziert aufgegriffen werden: Die Verwaltung wird beauftragt, in regelmäßigen Abständen durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass dem sog. Littering vorgebeugt wird. Die Maßnahmen sind im Rahmen der bestehenden Haushaltsansätze bzw. Wirtschaftsplanansätze durchzuführen. Über die durchgeführten Maßnahmen wird erstmals zum Jahresende 2012 berichtet
	Abstimmung APRO:	Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.
132	Schrotträder entfernen	Vorschlag soll teilweise / modifiziert aufgegriffen werden: Über die geplante Internetseite zur „Mängelmeldung“ können der Stadtverwaltung neben anderen Mängeln im Stadtbild auch funktionsuntüchtige Fahrräder gemeldet werden. Die Verwaltung wird diese Meldungen dann bei den regelmäßigen Kontrollen berücksichtigen
	Abstimmung APRO:	Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.
162	Domplatz nicht zum Parkplatz verkommen lassen	Vorschlag soll aufgegriffen werden: Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Verwaltung mit dem Einbau versenkbarer Poller am Michaelisplatz bis voraussichtlich Ende Oktober 2011 dem Vorschlagsanliegen nachkommt. Darüber hinaus soll das bereits seit einigen Monaten praktizierte Konzept zur Parkraumbewirtschaftung konsequent fortgesetzt werden
	Abstimmung APRO:	Nach anfänglicher Diskussion zu den Vorschlägen 162 und 285 wurden letztlich die Vorschläge 162, 235, 285 und 430 zusammen gefasst. Die Fraktionen gaben Stellungnahmen zu den Vorschlägen ab. Herr Kubel wies darauf hin, dass die Maßnahmen der Verwaltung fachlich nicht ausreichen, das Problem in den Griff zu bekommen. Auch Herr Pölling erklärte, das Thema „Parken am Dom“ müsse fachlich grundlegend aufgearbeitet werden. Herr Dr. Heinrichs gab eine umfängliche Stellungnahme für die Verwaltung ab und bot an, dass die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung dazu mündlich berichten werde. Nach weiterer Aussprache beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung anschließend einvernehmlich: Die Verwaltung wird gebeten, in einer Vorlage Maßnahmen und Entscheidungsvorschläge zur Ordnung des Parkverkehrs darzustellen.
235	Sperrung der Pferd-gasse an Markttagen	Vorschlag soll nicht aufgegriffen werden
	Abstimmung APRO:	Siehe Abstimmung zu Vorschlag Nr. 162
266	Geldverschwendung für Nachflohmarkt	Vorschlag soll nicht aufgegriffen werden
	Abstimmung APRO:	Herr Lenski beantragte, den Zuschuss auf 50 %, maximal auf 40.000 € festzuschreiben und mit einem Sperrvermerk zu versehen. Dieser ist vom Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften aufzuheben, wenn nachgewiesen wird, dass die restlichen Kosten durch Spenden Dritter getragen werden. Unternehmen mit städtischer Beteiligung geben dazu keine weiteren Zuschüsse. Herr Dr. Heinrichs gab

		eine Stellungnahme der Verwaltung ab. Angesichts der ausstehenden Sitzung des Aufsichtsrats Halle Münsterland beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig, die Entscheidung über den Vorschlag, einschließlich des von Herrn Lenski eingebrachten Antrages dazu in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu schieben.
283	Doppelseitig drucken für Umwelt, Uni und Kasse	Vorschlag ist aufgegriffen oder umgesetzt: Die Verwaltung wird die Möglichkeiten, doppelseitig zu drucken und zu kopieren, im Sinne eines ressourcenschonenden Handels weiter ausbauen
	Abstimmung APRO:	Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.
285	Kein Parkplatz auf dem Domplatz	Vorschlag soll aufgegriffen werden: Siehe Nr. 162
	Abstimmung APRO:	Siehe Abstimmung zu Vorschlag Nr. 162
339	Bußgeld für das Verteilen von Werbezetteln	Vorschlag ist aufgegriffen oder umgesetzt: Der Vorschlag ist bereits umgesetzt. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt im ersten Halbjahr 2012 auf den städtischen Internetseiten einen tabellarischen „Bußgeldkatalog“ entsprechend der Kölner Straßenordnung einzustellen, um für unerwünschte Werbemaßnahmen im öffentlichen Raum zu sensibilisieren.
	Abstimmung APRO:	Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.
355	Dienstreisen minimieren	Vorschlag soll aufgegriffen werden: Die Verwaltung wird beauftragt, im ersten Halbjahr 2012 eine Analyse und Bewertung des Dienstreisegeschehens durchzuführen. Darüber hinaus erarbeitet die Verwaltung ein Konzept, mit dem Alternativen zu Dienstreisen insbesondere unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit aufgezeigt werden.
	Abstimmung APRO:	Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.
405	Die Zukunft der Musikschule sichern	Vorschlag soll teilweise oder modifiziert aufgegriffen werden: Die Verwaltung wird beauftragt, unter Beachtung der vom Rat beschlossenen finanziellen Eckpunkte für die Musikschule bis Ende des 1. Quartals 2012 ein Personalentwicklungskonzept zu erarbeiten.
	Abstimmung APRO:	Herr Lenski beantragte für die FDP-Fraktion, den Vorschlag nicht aufzugreifen. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimme der FDP abgelehnt. Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann mehrheitlich gegen die Stimme der FDP, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.
430	Kosten für Sperrpfosten am Domplatz einsparen	Vorschlag soll teilweise / modifiziert aufgegriffen werden: Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Verwaltung mit dem Einbau mechanisch versenkbarer Poller (anstelle von elektrischen) am Michaelisplatz bis voraussichtlich Ende Oktober 2011 dem Vorschlagsanliegen teilweise nachkommt
	Abstimmung APRO:	Siehe Abstimmung zu Vorschlag Nr. 162
508	Einsparung durch Stopp unnötiger Zertifizierungen	Vorschlag soll aufgegriffen werden: Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Jahr 2012 ein gesamtstädtisches Beteiligungs-/Entscheidungsverfahren über die Teilnahme an Wettbewerbs- oder Zertifizierungsverfahren zu entwickeln, welches im Sinne eines Qualitätsmanagements die Aspekte Wirtschaftlichkeit, Zielorientierung, Image-Förderung und ggfls. weitere Aspekte berücksichtigt.
	Abstimmung APRO:	Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

B. Entwurf des Haushaltsplans: einzelne Teilergebnis- und Finanzpläne für die Produktgruppen gemäß Beratungsplan jeweils pro Produktgruppe (Band 1 und 2)

Frau Wendland erläuterte das vorgesehene Beratungsverfahren. Die in die Zuständigkeit des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung fallenden Produktgruppen wurden einzeln aufgerufen. Frau Wendland bat die Fraktionen, ihre Änderungsanträge zu den jeweiligen Produktgruppen zu stellen. Herr Klas erklärte ausdrücklich, dass keine Änderungsanträge zu den Produktgruppen gestellt würden.

Die Beratung brachte folgendes Ergebnis:

Haushaltsplan - Entwurf 2012 Beratungsplan für den APRO	
Produktgruppen	HH-Plan
	Seiten
0105 Personal- u. Schwerbehindertenvertretung	494 - 496
0108 Personal- und Organisationsmanagement	510 – 513
0110 Recht	518 – 523
0113 Zentrale Dienste	532 – 539
0201 Ordnungsrechtliche Angelegenheiten	561 – 568
0202 Gewerberechtliche Angelegenheiten	570 – 578
0203 Straßenverkehrsrechtliche Angelegenheiten	580 – 590
0204 Bürgerangelegenheiten	592 – 602
0205 Standesamtsangelegenheiten	604 – 612
0206 Ausländerangelegenheiten	614 – 620
0208 Wahlen	630 – 632
1503 Stadthalle Hilstrup	534 – 538 (Band 2)
1504 Öffentliche Toilettenanlagen	540 – 541 (Band 2)

Der Entwurf des Haushaltsplanes für die oben genannten Produktgruppen wurde einstimmig angenommen.

C. Zeilen 11 und 12 des Ergebnisplanes (Personal- und Versorgungsaufwendungen) sowie Zeilen 10 und 11 des Finanzplanes (Personal- und Versorgungsauszahlungen) -> Seite 11 und 12 des Haushaltsplanentwurfs, Band 1

Der Entwurf des Haushaltsplanes (S. 11 und 12, Band 1) wurde einstimmig angenommen.

D. Positionen in der Veränderungsliste

Mit Ausnahme der Ziffer 6 der Veränderungsliste (entsprechend dem Beschluss zum TOP 6: Vorlage V/0605/2011 wird die Ziffer 6 nicht umgesetzt) erklärte sich der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig mit den Veränderungen einverstanden.

E. Schlussabstimmung zum Haushaltsplan-Entwurf 2012

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss anschließend mehrheitlich mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP und der Fraktion Die Linke, die in die Zuständigkeit des Ausschusses fallenden Teilergebnis- und Fi-

nanzpläne, die gesamten Personal- und Versorgungsaufwendungen bzw. –auszahlungen einschließlich der mit der Veränderungsliste und den hier gefassten Beschlüssen jeweils vorgeschlagenen Veränderungen anzunehmen.

Punkt 15 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Herr Dr. Heinrichs erklärte, dass am nächsten Sitzungstermin, dem 17.01.2012 das Thema „Pensionsrückstellungen“ aufgegriffen werde. Dazu sei eine Informationsveranstaltung vorgesehen, zu der auch die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften eingeladen würden. Im Anschluss an die Informationsveranstaltung könne dann die planmäßige Sitzung stattfinden. Die Ausschussmitglieder erklärten sich damit einverstanden.

Gez.
Simone Wendland
Vorsitz

gez.
Andrea Gottlob
Schriftführung